

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 3-4/2024

Diesmal u. a.:

- Rechtsruck – Gefährdung der Demokratie
- Bericht vom Fachgespräch ‚Kommunale Friedensarbeit‘
 - Peacebuilding und Klimaschutz
 - Neue Wehrpflicht?

Inhalt

Julian Böttcher Klimaschutz, Populismus und Demokratie	3
Ute Finckh-Krämer Environmental Peacebuilding	5
Christine Schweitzer Bericht vom Fachgespräch Kommunale Friedensarbeit	7
Outi Arajärvi Rechts(d)ruck – Rechts darf nicht gewinnen!	9
Christine Schweitzer Buchbesprechung: „Machtübernahme“ von Arne Semsrott	11
Waging Nonviolence Zehn Ratschläge nach dem Wahlsieg von Trump	13
Christine Schweitzer Erfassung, Reaktivierung der Wehrpflicht oder gar eine allgemeine Dienstpflicht?	15
Renate Wanie Beratungstreffen der Kooperation für den Frieden in Münster	17
Stephan Brües Wehrhaft ohne Waffen	19
Outi Arajärvi Bund für Soziale Verteidigung 2025	21
Jahrestagung 2025	23

Impressum

Rundbrief Nr. 3-4/2024

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.: Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art+image GmbH & Co. KG, Minden

Auflage: 3.800

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Nein, das sind nicht Trump und sein Gruselkabinett! Leider nicht. Foto: C. Schweitzer

Editorial

Liebe Leser*innen,

eigentlich kann einen nur schaudern, wenn man auf das nächste Jahr blickt. Der designierte US-Präsident stellt sich ein wahres Gruselkabinett zusammen. Auch in Deutschland versprechen die Umfragen nichts Gutes, was eine neue Regierung angeht. Gespart werden soll zu Lasten der Schwächsten im Lande, Umwelt- und Klimaschutz auf die lange Bank geschoben und die Anstrengungen in Richtung „Kriegstüchtigkeit“ forciert werden. Die Waffenhilfe für die Ukraine wird immer grenzenloser und die Gefahr, dass NATO und Russland in einen direkten Krieg miteinander geraten, immer größer. Die „Brandmauer“ gegen die Rechtsextremisten und -populisten droht zum Lattenzaun zu mutieren – mit Zwischenraum, hindurchzuschauen, wie Christian Morgenstern dichtete.

Umso wichtiger, sich nicht von all dem mental erschlagen zu lassen. Wir haben für diesen Rundbrief u.a. ein paar Ratschläge zusammengefasst, die ein amerikanischer Aktivist für seine Mitbürger*innen aufgeschrieben hat: Sich Gleichgesinnte suchen, nicht alles gleichzeitig tun wollen, erreichbare Ziele setzen. Widersprechen, nicht zulassen, dass Krieg(stüchtigkeit) und Rassismus unwidersprochen bleiben. Und vor allem: dem Grauen eine positive Vision entgegensetzen. Denn es gibt auch Gutes, und Aktivist*innen in allen Ländern kämpfen dafür. Sei es im Bereich Frieden, Umwelt, Gerechtigkeit oder Schutz von Bedrohten.

Ein paar Beispiele finden sich auch in diesem Rundbrief – vom friedensfördernden Klimaschutz über die ‚klassische‘ Friedensarbeit bis zu unserer Arbeit für Soziale Verteidigung. Allen Autorinnen und Autoren sei für ihre Beiträge herzlich gedankt.

Wir wünschen allen ein gutes und hoffentlich friedliches neues Jahr, denen, die Weihnachten feiern, besinnliche Tage, allen anderen einfach eine erholsame Zeit zwischen den Jahren und eine gute Lektüre!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Wer diesen Rundbrief in Zukunft lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das bitte per Email an info@soziale-verteidigung.de mit.



Klimaschutz, Populismus und Demokratie

Antidemokratische Kräfte kämpfen überall gegen die sozial-ökologische Transformation

Das turbulente Jahr 2024 neigt sich dem Ende entgegen und zeigt mit Blick auf die ‚Demos gegen Rechts‘ im Frühjahr, Trumps Wahlsieg und den Zerfall der Ampel, wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu verteidigen. Besonders während der EU-Wahl und der Warnung von Fridays for Future vor einem ‚anti-ökologischen Rechtsruck‘ wurde deutlich, wie sehr der Klimaschutz und der Schutz unserer Demokratien doch zusammenhängen. Es ist heutzutage fast alltäglich, dass die AfD und Trumps unserer Welt systematisch den Klimawandel als populistisches Instrument missbrauchen und damit ‚fake news‘ verbreiten sowie Hass und antidemokratische Stimmungen schüren. Doch wieso werden Populist*innen, anti-demokratische Bewegungen und Rechtsextreme gerade durch den Klimawandel, dessen Auswirkungen und Anpassungen so sehr getriggert?

Für Rechtsextreme, anti-demokratische Bewegungen und Populist*innen stellt der Klimaschutz eine Bedrohung dar, da er die eigenen etablierten Strukturen und Privilegien, auf denen ihre ganze Lebensweise und ihre Position in der Welt beruhen, infrage stellen könnte. Diese Menschen profitieren – wie die meisten Menschen im ‚Globalen Norden‘ – traditionell und heute noch von den Ungleichheiten des globalen Wirtschaftssystems, das den Klimawandel verursacht. Sie versuchen daher, diese Ungleichheiten zu bewahren oder sogar auszubauen. Der Widerstand gegen effektiven Klimaschutz hat oft auch mit der Forderung nach Gerechtigkeit zu tun, was bestehende Privilegien und Ungleichgewichte bedroht.

Der Klimawandel verschärft soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten. Die Landwirtschaft leidet, Nahrungsmittelpreise steigen und Extremwetterereignisse zerstören teilweise ganze Städte. Klimaanpassungsmaßnahmen verursachen häufig auch soziale Kosten, die einkommensschwächere Haushalte besonders

Foto links:
Demokratie-Demo zur Europawahl in Berlin am 8.6.24 mit 30.000 Teilnehmenden.
© Jörg Farys/BUND, CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Fridays for Future 4.3.2019 in München.
© Martin von Creyzt, CC BY-SA 2.0



Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist Bildungsreferent beim Bund für Soziale Verteidigung.



Foto links:
Aktion am Großvenediger
2013 von „Global 2000“.
© Global 2000,
CC BY-ND 2.0

Foto rechts:
Klimastreik 2021.
© Paul Lovis Wagner/
Campact, CC BY-NC 2.0

belasten. Weitergehend stoßen Forderungen nach einer umfassenden Transformation des Wirtschaftssystems und Änderungen in der Landwirtschaft aufgrund von ungenauer Kommunikation oder schlichtweg Angst vor Veränderungen in vielen Bevölkerungsschichten auf Ablehnung.

Paradoxerweise wird im selben Atemzug vor der Flucht von Menschen gewarnt, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Hierbei werden rassistische Phrasen und Menschenhass freien Lauf gelassen und Ängste vor einer angeblich drohenden ‚Massenmigration‘ und der angebliche Verlust von nationaler Identität vorangetrieben. Dass nur ein Bruchteil der Menschen, die migrieren und flüchten müssen, nach Europa kommt, wird verschwiegen. So entsteht Stück für Stück in der Bevölkerung ein Zweifel am demokratischen System und an den demokratischen Parteien, die anscheinend nicht in der Lage seien, diese Probleme zu beheben. Dadurch vergrößert sich der Riss durch die Gesellschaft und erschwert, gemeinsame Lösungen für den Klimawandel zu finden. Letztlich wird das demokratische System als Ganzes infrage gestellt.

Um dem Einfluss des Klimawandels auf populistische Bewegungen und die Demokratie entgegenzuwirken, könnten verschiedene Lösungsansätze helfen, die soziale Spaltung zu verringern und die demokratische Stabilität zu stärken.

1. Stärkung sozialer Gerechtigkeit in Klimaschutzmaßnahmen: Um soziale Spannungen zu entschärfen, ist es wichtig, dass klimapolitische Maßnahmen gerecht und inklusiv gestaltet werden.
2. Bildung und Aufklärung über den Klimawandel: Ein verstärktes Bewusstsein für wissenschaftliche Fakten über den Klimawandel kann dazu beitragen, Desinformationen und populistischen Manipulationen entgegenzuwirken.
3. Förderung eines integrativen politischen Dialogs: Es ist entscheidend, auch kritische Stimmen zu klimapolitischen Maßnahmen einzubeziehen und einen offenen Austausch über Lösungen zu fördern, z.B. durch Bürger*innenräte.
4. Internationale Zusammenarbeit und Unterstützung: Die EU und andere wohlhabendere Länder könnten durch verstärkte internationale Zusammenarbeit die finanziellen Belastungen in ärmeren Ländern mindern, die oft besonders stark vom Klimawandel betroffen sind.
5. Förderung der Demokratiekompetenz: Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Partizipation könnten helfen, Widerstände gegen das politische System zu vermindern.

Ein holistischer Ansatz, der ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele vereint und transparent kommuniziert wird, könnte den Zusammenhalt fördern und das Risiko einer demokratischen Krise durch den Klimawandel mindern.



Environmental Peacebuilding

Klimaschutz und Friedensförderung

Umweltschäden und Klimakrise werden traditionell in der Friedens- und Konfliktforschung als potenziell konfliktverschärfend betrachtet. Gleichzeitig wurde aber immer deutlicher, welche positive Rolle Dialoge auf allen Ebenen der Gesellschaft für Friedensprozesse haben können. So liegt es nahe, zu untersuchen, ob und, wenn ja, wie der Erhalt einer lebenswerten Umwelt oder die Reduzierung von Umweltschäden friedensfördernd genutzt werden können.

Schon im Kalten Krieg wurde darüber verhandelt, wie die zum Teil hohe Schadstoffbelastung von Flüssen, die durch den Eisernen Vorhang flossen oder in die Ostsee mündeten, reduziert werden könnte. Dadurch kamen nicht nur Diplomaten*innen, sondern auch einschlägige Expert*innen der beteiligten Länder in Kontakt zueinander. In anderen Regionen ist es umgekehrt: Durch das Entstehen neuer Staatsgrenzen aus vorherigen Verwaltungsgrenzen, z.B. im Ferghanatal, das zwischen Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan aufgeteilt ist, entstand neues Konfliktpotenzial, bei dem aber zumindest teilweise alte Kontakte und Verbindungen zwischen den Expert*innen zur Deeskalation genutzt werden konnten.

Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung hat eine ausführliche Studie zum Thema „Zivile Krisenprävention durch Environmental Peacebuilding“ in Auftrag gegeben, die am 4. November 2024 veröffentlicht wurde und die kostenlos heruntergeladen werden kann. In dieser Studie wird einerseits skizziert, welche Erkenntnisse in diesem im Entstehen begriffenen Forschungsgebiet bereits gewonnen werden konnten (etwa zur entscheidenden Rolle von Frauen in Friedensprozessen, die sich auch bei umwelt- und klimabedingten Konflikten zeigt), andererseits werden konkrete Beispiele aus den letzten 30 Jahren vorgestellt, bei denen versucht wurde, Umweltpolitik in Friedensförderung zu integrieren – manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Erfolg. Dabei zeigt sich, dass vor allem Bottom-Up Initiativen friedensfördernd wirken, während Top-Down-Ansätze oft konfliktverschärfend und gewaltfördernd wirken (Studie S. 24/25).

Foto links:
Flagge der Mekong River
Kommission in Vientiane,
Laos.
© By Anonymous -
Self-photographed,
CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4922992>

Foto rechts:
Die Victoriafälle, die sowohl
zu Sambia wie Simbabwe ge-
hören, sind ein Beispiel eines
transnationalen Weltkultur-
erbes. © By Victoriafälle.jpg:
John Walker derivative work:
Pbsouthwood - This file was
derived from: Victoriafälle.
jpg, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=27867150>



© Privat

Autorin:
UTE FINCKH-KRÄMER
ist Co-Vorsitzende des
Sprecher*innenrates
der Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung
und ehemalige
Bundestagsabgeordnete.

Lernerfahrungen

Folgende Beispiele werden in der Studie ausgewertet:

BSV-Informationsblatt
Environmental
Peacebuilding –
eine Chance für die
Friedenspolitik?“ ist im
Shop erhältlich.



- Das Good Water Neighbours Projekt in Israel, Jordanien und Palästina der 1994 gegründeten Nichtregierungsorganisation EcoPeace.
- Die Förderung von Kleinkraftwerken in den Westbalkanstaaten und der – teilweise grenzüberschreitende – Protest gegen die damit verbundenen Umweltzerstörungen.
- Wiederaufforstungen durch „Farmer Managed Natural Regeneration“ (FMNR) im Rahmen der „Green Wall of Africa“ im Sahel
- Die „Camel Caravan“ entlang des Flusses Ewaso Ng’iro in Kenia, die traditionelle Konfliktbearbeitungsmethoden auf die durch den Klimawandel verschärften Konflikte um Wasser-, Sand- und Waldnutzung im Flussgebiet anwendet.
- Die Nutzung traditioneller Tara Bandu-Zeremonien für ökologische Friedensförderung in Timor-Leste.
- Die Stärkung der Rolle von Frauen bei Energieversorgungsprojekten in Afghanistan zwischen 2001 und 2021.

Jedes dieser Beispiele enthält einen Abschnitt „Lernerfahrungen“, in dem auch Misserfolge und nicht berücksichtigte, rückblickend aber entscheidende externe Faktoren diskutiert werden. Im Abschnitt „Von Lernerfahrungen zur strategischen Umsetzung“ wird analysiert, was für ein erfolgreiches Environmental Peacebuilding wichtig ist (S. 44). Insbesondere werden folgende Punkte genannt:

- Klima- und Konfliktfaktoren müssen gemeinsam, nicht getrennt gesehen und bearbeitet werden.
- Internationale Akteur*innen brauchen ein umfassendes Bild lokaler Gegebenheiten, es macht keinen Sinn, schablonenartig Lösungen aus anderen Regionen zu importieren.
- Die Erfahrungen von Gesellschaften, die sich oft schon seit Jahrhunderten an sich ändernde klimatische Bedingungen anpassen mussten und entsprechende Konfliktbearbeitungsmechanismen entwickelt haben, müssen auch und gerade angesichts des beschleunigten Klimawandels berücksichtigt werden.
- Auch die politischen Rahmenbedingungen auf regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene müssen mit berücksichtigt werden.

Politische Empfehlungen und ein ausführliches Literaturverzeichnis ergänzen die Studie.

Die Studie gibt insgesamt einen guten Überblick über den Stand der Forschung und ist daher interessant für alle, die sich mit dem Thema Klima und Konflikt näher beschäftigen wollen.

Link zu der Studie:

<https://beirat-zivile-krisepraevention.org/wp-content/uploads/2024/10/Zivile-Krisenpraevention-durch-Environmental-Peacebuilding.pdf>





Bericht vom Fachgespräch Kommunale Friedensarbeit

„Krieg, Krisen, Rechtsruck - Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert“

Am 19. Oktober fand in Kooperation mit dem Friedenskreis Halle und der Ev. Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt unser Fachgespräch zu kommunaler Friedensarbeit statt. Über dreißig Menschen, teilweise von weit angereist, diskutierten über Ansätze und Erfahrungen bei der Friedensarbeit vor Ort. Eine ausführliche Dokumentation ist in Vorbereitung.

Der Tag begann mit einem Input von Dr. Meschat-Peters zur Arbeit der Mayors for Peace, die von der Stadt Hannover koordiniert wird. Danach stellte Agnes Sander eine Befragung zu kommunaler Friedensarbeit vor, die sie im Auftrag der AGDF durchgeführt hat. Sie stellte fest, dass das Spektrum der Themen von Atomwaffen bis zur Arbeit gegen Rechtsextremismus und den Klimawandel reicht. Es wurde auch von Konflikten und Bruchlinien berichtet, die seit der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg aufgetreten sind. Darüber hinaus identifizierten die Gruppen den Generationenwechsel und das Ansprechen junger Menschen als große Herausforderung. Dabei wurde neben Unterschieden in der Arbeitsweise (Projektarbeit vs. langfristige Arbeit) u.a. auch als Problem benannt, dass junge Menschen die Friedensbewegung als „rechtsradikal“ wahrnehmen.

Dieses Thema der wahrgenommenen „Rechtsoffenheit“ leitete auch über zu dem dritten Vortrag, dem von Ralf Buchterkirchen. Er beschrieb anhand seiner Erfahrungen sowohl in Hannover wie in Halle als lokaler Aktivist bei der DFG-VK, welche Unterschiede, aber auch welche gemeinsamen Herausforderungen Friedensarbeit in „West“ und „Ost“ hat.

Die Arbeitsgruppen

Am Nachmittag folgten dann vier Arbeitsgruppen - zur Friedensstadt Freiburg, zu Kommunaler Konfliktberatung, zur Nutzbarmachung der Mayors for Peace für die lokale Arbeit und natürlich zu den Aktivitäten des Friedenskreises Halle.

Die „Friedensstadt Freiburg“ ist eine Initiative von verschiedenen Individuen und Gruppenvertreter*innen, die im Herbst 2022 entstanden ist. Nach dem Vorbild

Foto links:
Elise Kopper (stehend)
moderierte die
Abschlussdiskussion.

Foto rechts:
Auf dem Fachgespräch.

© C. Schweitzer



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist ist Geschäftsführerin
des BSV.



Foto links:
Das Haus des
Friedenskreises Halle.

Foto rechts:
Das TEKIEZ.

© C. Schweitzer



anderer Friedensstädte möchte die Initiative erreichen, dass sich Freiburg zur Friedensstadt erklärt und entsprechende Programme, z.B. der Friedensbildung und Friedenskultur, aber auch der Intensivierung internationaler Kontakte und einen anderen Umgang mit Geflüchteten und Rüstungskonversion, aufsetzt.

Kommunale Konfliktberatung (KKB) ist ein erprobter und wissenschaftlich fundierter Ansatz, Städte, Gemeinden und Landkreise dabei zu unterstützen, mit gesellschaftlichen Konflikten konstruktiv umzugehen. Sie wurde von dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung (VFB) Salzwedel vorgestellt.

Die Gruppe zur Arbeit der Mayors for Peace (MFP) fand wegen Erkrankung der Referentin ‚selbstorganisiert‘ statt und generierte viele Ideen, wie die Mitgliedschaft bei den MFP für Friedensarbeit vor Ort genutzt werden kann, auch jenseits des jährlichen „Flaggentags“ jeden 8. Juli.

Der Friedenskreis Halle wurde von Christof Starke vorgestellt. Zu seiner Arbeit gehören Bildungsarbeit zu Themen wie aktive Gewaltfreiheit und gelebte Demokratie, politisches Engagement, lokales Engagement, z.B. durch die Trägerschaft für das TEKIEZ und Entsendung in einen internationalen Freiwilligendienst.

Wie weiter?

Die Veranstaltung ging mit einem von Elise Kopper moderierten Plenum zu Ende, in dem die Arbeitsgruppen ihre Antworten zu fünf Fragen vorstellten:

- Als bewährt wurden u.a. Bündnisse auch mit Kommunen und Klarheit in den eigenen Aussagen benannt.
- Was läuft nicht mehr, was kann ins „Archiv“? Hier wurde nur wenig gesammelt, aber darauf hingewiesen, dass manche hergebrachten Termine wie Ostermärsche teilweise „nicht mehr funktionieren“.
- Beim Stichwort „Herausforderungen“ wurde vor allem das Gewinnen junger Menschen angesprochen sowie die verschiedenen bekannten inhaltlichen Streitpunkte (Waffen an die Ukraine usw.).
- Neue Ideen für die Zukunft beinhalteten vor allem verschiedene Veranstaltungsformate und eine bessere Aktivierung der Mitglieder der Mayors for Peace.
- Wenig wurde genannt auf die Frage nach Forderungen an die Politik. Eine Idee war die Frage, ob Kommunen für das Thema Soziale Verteidigung gewonnen werden könnten.

Ein Besuch beim TEKIEZ, der Gedenkstätte, die nach dem tödlichen Anschlag 2019 auf die Synagoge und einen Döner-Laden (heute das TEKIEZ) eingerichtet wurde, rundete den Tag ab. Überlebende des Anschlags haben darum gekämpft, den Imbiss als Gedenkstätte umzugestalten und zu erhalten. Doch das TEKIEZ ist gefährdet, da die Stadt Halle bislang keine finanzielle Förderung geben mag.



Foto:
Demokratie-Demo zur
Europawahl in Berlin am
8.6.24 mit 30.000
Teilnehmenden.
© Jörg Farys/BUND,
CC BY-NC 2.0

Rechts(d)ruck – Rechts darf nicht gewinnen! Die Zukunft farbenfroh präsentieren

In Thüringen gewann eine faschistische Partei die Landtagswahl und in Brandenburg und Sachsen verfehlte diese Partei nur knapp den Sieg. Kein Tag vergeht, an dem in Deutschland nicht die Begriffe „Zeitenwende“, „Brandmauer“ und „Kriegstüchtigkeit“ die Schlagzeilen oder Kommentarspalten beherrschen.

Vorangegangen war der Anschlag in Solingen, eine Änderung der Asylgesetze und ein rassistischer Überbietungswettbewerb, an dem sich CDU/CSU, SPD und die Grünen beteiligten. Der CDU-Kanzlerkandidat fand es schon vorher angemessen zu behaupten, dass Geflüchtete sich die Zähne machen lassen, während Deutsche keinen Termin bekämen. Der Bundeskanzler versprach, „massenweise abzuschieben“. Und der EU-Spitzenkandidat der AfD Maximilian Krah hat das Frühjahr eingeläutet mit einer Art TikTok-Napola (nationalpolitische Lehranstalt): „Echte Männer sind rechts“.

Ines Geipel konstatiert: „15,6 Prozent in der Alterskohorte 15-30 wollen im Osten ein autoritäres Regime – im Westen sind es 2,2 Prozent. Das ist alarmierend.“¹

Etwa jedes halbes Jahr ist „Terroristen-Zeit“, mal sind es Reichsbürger, mal sächsische Separatisten mit drei AfD-Funktionären, die den Staat übernehmen wollen und dazu massenweise Waffen horten.

AfD wählen macht unglücklich

In einer Studie mit dem Titel „Die Unterstützung für eine rechtspopulistische Partei und das subjektive Wohlbefinden“ hat das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)² untersucht, wie die Unterstützung für die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit der subjektiven Wahrnehmung des persönlichen und finanziellen Wohlbefindens zusammenhängt.

Ein Fazit: Rechte Bewegungen leben von einer Rhetorik, alles schlecht zu machen, und laden ihre Anhänger*innen mit negativ dargestellten Themen und Nachrichten auf. Es wird stark auf negative Emotionen und Angst gesetzt. Populistische Botschaften sind oft dadurch gekennzeichnet, dass sie ‚den Eliten‘ auf diese Weise die Schuld zuweisen. Empfänger*innen dieser Botschaften werden



Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
ist Co-Vorsitzende
im BSV.

¹ Ines Geipel, FUTURZWEI Nr. 30, S.16

² <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0303133>



Foto links:
Zusammen gegen Rechts
am 21.1.2024.
© Chris Grodotzki /
Campact, CC BY-NC-ND 2.0

Foto Mitte:
Demonstration für
Demokratie, Vielfalt und
Teilhabe in St. Wendel
am 5.2.24.
© Kai Schwerdt,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Die Gedenkstätte des
KZ Neuengamme bei
Hamburg, wo mindestens
42.900 Gefangene ihr
Leben verloren.
Soll es wieder
so weit kommen?
© C. Schweitzer

emotional angesteckt, ein in der Literatur gut dokumentiertes Phänomen, das sich negativ auf das Wohlbefinden auswirkt.

Die Forscher*innen befragten jährlich eine repräsentative Stichprobe deutscher Wähler*innen, die aus 4.094 Befragten bestand, zu denen sie 984 weitere zufällig ausgewählte AfD-Anhänger*innen hinzufügten; dies ergab eine Gesamtzahl von 1.397 Wähler*innen, die für die AfD gestimmt haben. Sie messen das Wohlbefinden, indem sie sich auf interne Veränderungen konzentrieren und die Befragten bitten, ihre aktuelle Situation mit der des Vorjahres zu vergleichen oder ihre Erwartungen für die Zukunft im Vergleich zur Gegenwart zu messen.

Das Ergebnis: „Wenn Anhänger extremistischer Bewegungen einen Rückgang des Wohlbefindens aufgrund der negativen Rhetorik der von ihnen gewählten Partei wahrnehmen, kann es einfacher sein, sie wieder in den Mainstream zu bringen, indem man sich auf andere Themen konzentriert und nicht die angstbesetzten Themen der Rechten wieder aufgreift. Ebenso könnte es eine gute Idee sein, schnell zu handeln, da wir sehen, dass die negativen Auswirkungen auf das Wohlbefinden abnehmen, wenn die Wähler eine vollwertige Identität als Anhänger des rechten Flügels aufbauen.“²

taz FUTURZWEI (Ausgabe 30) interviewte die beiden Ostdeutschen Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung) und Ines Geipel (Publizistin, Professorin für Deutsche Verskunst). Sie sagten unter anderem: „Politische Bildung kann einen Beitrag leisten hinsichtlich der Reflexion, der eigenen Position und des Einbezugs der Handlungsdimension für jeden Einzelnen. Mit politischer Bildung kann man Selbstermächtigung oder Selbstwirksamkeit anschieben.“³

„Das große Thema im Osten ist Vertrauen. Die Sache mit dem Selbst, das Vertrauen in die Welt. Das war im Grunde detoniert. ‚Vom Ich zum Wir‘ lautete der Verheißungsimperativ im Osten.“⁴

Für uns bedeutet das, dass wir die Bilder einer demokratischen, gerechten und nachhaltigen Zukunft der Gesellschaft selbstbewusst und farbenfroh präsentieren müssen.

3 Thomas Krüger, Jetzt sind wir mal dran, FUTURZWEI Nr. 30, S.26

4 Ines Geipel, Wasteland mit blühenden Landschaften, FUTURZWEI Nr. 30, S.15



Foto links:
© txmx 2, CC BY-NC-ND 2.0

Foto rechts:
Arne Semsrott 2023.
© Ekvidi for Wikimedia -
Eigenes Werk, CC BY-SA
4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=133350460>

Buchbesprechung: „Machtübernahme“ von Arne Semsrott

Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren?

Arne Semsrott ist manchen vielleicht bekannt als der Leiter des Recherche- und Transparenzportals FragDenStaat, mit dem er u.a. für die Veröffentlichung der sog. NSU-Akten sorgte. Sein Buch „Machtübernahme“ ist ein erschreckend aktuelles, aber gleichzeitig Mut machendes Buch darüber, was passieren könnte, wenn die AfD an die Regierung kommt und was Menschen dagegen tun können. Erschreckend nicht nur wegen des Zukunftsszenarios, sondern auch wegen der immer wieder eingestreuten Informationen über menschenrechtswidrige Aktionen von Staat und Parteien, die es schon heute gibt oder gegeben hat.

Das Buch beginnt mit einem fiktiven Szenario, nämlich dass die AfD Partnerin in einer Koalitionsregierung wird. Dann hätte sie in erster Linie Zugriff auf die von ihr verwalteten Ressorts. Die FPÖ machte es 2017 in Österreich vor, wie das geht. Semsrott geht davon aus, dass sie als ersten Schritt das leitende Personal auswechseln und dann, im zweiten Schritt, ohne neue Gesetze erlassen zu müssen, über Verordnungen ihre Politik durchzusetzen sucht. Das könnten z.B. unter dem Vorwand der Bekämpfung von Clankriminalität verstärkte Straßenkontrollen von „verdächtigen Personen“ sein. Oder einen Sonderbericht zu Kriminalität von Sinti und Roma anzufertigen, wie es die Berliner Polizei schon getan hat. Oder die Zahl der Abschiebungen deutlich zu erhöhen. Als dritten Schritt könnte zivilgesellschaftlichen Organisationen der Geldhahn zugedreht werden – wiederum etwas, was die AfD auf kommunaler Ebene schon versucht hat. Den vierten Schritt betitelt Semsrott als „Skandal nach Skandal“. Damit meint er, dass öffentliche Skandale gezielt gesteuert und gleichzeitig Proteste sanktioniert würden, bis hin zu Pauschalverboten von Versammlungen. Erst dann im fünften Schritt könnte es zur Änderung von Gesetzen kommen.



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist ist Geschäftsführerin
des BSV.



Foto links:
Demonstration für
Demokratie, Vielfalt und
Teilhabe in St. Wendel
am 5.2.24.
© Kai Schwerdt,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Pro-Demokratie-Kundge-
bung am 8.6.24
in Stuttgart.
© Campact, CC BY-NC 2.0

Die weiteren Schritte des Szenarios können hier aus Platzgründen nicht detailliert beschrieben werden, nur so viel: Ob die AfD danach wiedergewählt würde, lässt Semsrott offen.

Handlungsspielräume verschiedener Gruppen

Der Hauptteil des Buches befasst sich damit, welche Handlungsspielräume verschiedene Gruppen haben. Jedes Kapitel endet mit Handlungsempfehlungen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Unter „Zivilgesellschaft“ empfiehlt er u.a., Initiativen finanziell durch eigene Spenden unabhängiger zu machen und sich für das Demokratiefördergesetz einzusetzen. Beamt*innen rät er ein ganzes Handlungsspektrum vom (legalen) Remonstrieren gegen Anweisungen bis zum Leaken von Informationen. Im Kapitel „Gewerkschaften“ setzt er sich u.a. mit dem Thema „politische Streiks“ auseinander. Beim Thema „Justiz“ geht es sowohl darum, sie sich zu Nutze zu machen und zu klagen, aber er rät auch den Richter*innen, sich zu vernetzen und Widerstand zu leisten. Unternehmen sollten endlich klare Kante gegen Rechtsextremismus zeigen und entsprechende Betriebsvereinbarungen schließen. Medien sollten sich gegen rechte Kampagnen resistent machen und die Dinge beim Namen nennen. Dazu gehört auch, die AfD nicht einzuladen, wenn es nicht sein muss. Zum Stichwort Wählen soll hier ein Satz zitiert werden: „Wenn eine Demokrat in einer Stichwahl gegen die AfD antritt, muss sie gewählt werden, notfalls mit Wäscheklammer auf der Nase. Das hat aber auch Grenzen. Wenn die CDU Positionen der AfD übernimmt, sodass die Parteien nicht mehr unterscheidbar sind, bringt auch eine Wäscheklammer nichts mehr.“ (S. 193)

Wichtig ist dem Autor dabei vor allem eine Message: Sich vorbereiten. „Prepping for Future“ heißt das vorletzte Kapitel. Damit meint er nicht das egoistisch motivierte Prepping, das manche Menschen hier betreiben, sondern „Selbstermächtigung der Zivilgesellschaft angesichts eines Staats, auf den man sich nicht verlassen kann. ... Gesellschaft vor allem lokal zu organisieren, Politik von unten zu machen, gemeinsame Infrastruktur zu schaffen und sich auf einen ‚Tag Y‘ vorzubereiten...“. (S. 203) Diese Gedanken scheinen der Rezensentin sehr anschlussfähig an unsere Überlegungen zur Sozialen Verteidigung zu sein. Semsrott benutzt diesen Begriff nicht, kennt ihn wahrscheinlich auch gar nicht. Aber die Ideen in seinem Buch könnten genauso gut unter die Überschrift „Soziale Verteidigung vorbereiten“ stehen.

Semsrott, Arne (2024): Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand, München: Droemer, 236 Seiten, ISBN 978-3-426-65984-7, 22 Euro



Fotos links & Mitte:
Protest in Pennsylvania
2017. © Joe Piette,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Protest in Washington
2017. © Victoria Pickering,
CC BY-NC-ND 2.0

Zehn Ratschläge nach dem Wahlsieg von Trump ...

... auch für Umgang mit der AfD nutzbar

Das Onlinemagazin Waging Nonviolence hat Anfang November einen längeren Beitrag von Daniel Hunter publiziert, in dem es darum geht, was Aktivist*innen nach der Wahl von Trump jetzt tun könnten. Viele dieser Ratschläge sind auch für uns hier in Deutschland wertvoll, wenn wir „Trump“ durch „AfD“ ersetzen. Wir fassen hier einige wichtige Punkte zusammen.

1. Vertraue Dir selbst, 2. finde Andere, denen Du vertraust und 3. gestehe Dir Deine Gefühle von Trauer ein

Die emotionale Umgebung ist sehr wichtig. Hannah Arendt beschreibt, wie destruktive Ideologien wie Faschismus und Autokratie erstarken. Sie benutzte das Wort „Verlassenheit“ als Schlüsselbegriff – das Gefühl, allein zu sein, ein Zusammenbruch des gesellschaftlichen Miteinanders. Deshalb ist es wichtig, sich selbst zu orientieren und dann eine Bezugsgruppe zu finden – ein paar Menschen, mit denen man regelmäßig interagiert.

4. Lasse das los, was Du nicht ändern kannst

Niemand kann alles tun. Denn dann erreicht man gewöhnlich nichts, sondern verzettelt sich nur. Wichtig sei, neben dem öffentlichen Ausdruck von Empörung sowohl digital wie im echten Leben und symbolischen Aktionen (Demos, Statements) auch andere Aktionsformen zu finden.

5. Den eigenen Weg finden

Hier schreibt Daniel über Szenarien von Trumps Herrschaft. Wir hier in Deutschland möchten vielleicht stattdessen eher Semsrotts Szenario einer Regierungsbeteiligung der AfD lesen (s. die Besprechung in diesem Rundbrief).

Daniel schlägt folgende Wege vor:

- Bedrohte Menschen beschützen.
- Bürgerschaftliche Institutionen schützen und z.B. denen beistehen, die ihre Jobs verlieren.
- Stören und ungehorsam sein: Vielleicht mit rein symbolischen Aktionen beginnend, kann diese Strategie bis zu Massenstreiks, Blockaden und Steuerverweigerung (was in den USA leichter ist als bei uns) eskaliert werden.
- Alternativen aufbauen, z.B. eigene Lebensmittel anbauen, Kinderbetreuung sicherstellen, Wohnkommunen usw.

6. Kein vorweggenommener Gehorsam und keine Selbstzensur

Die Washington Post und die Los Angeles Times verzichteten darauf, eine Wahlempfehlung abzugeben, obwohl sie das in früheren Wahlen immer getan hat. Das nennt Hunter als typisches Beispiel für Selbstzensur, denn Trump hatte sie noch nicht einmal direkt bedrohen müssen. Aber: Politischen Raum, den man nicht nutzt, verliert man.

7. Richte Deine politische Landkarte neu aus

Wenn sich die politischen Umstände ändern, dann gibt es vielleicht plötzlich auch neue Verbündete, mit denen man früher nie zusammengearbeitet hätte. Hunter nennt hier Beispiele der Arbeit mit Republikaner*innen; hier in Deutschland könnte es sich lohnen, nach Verbündeten auch in konservativen demokratischen Parteien zu suchen.

8. Macht realistisch einschätzen und nutzen

In der ersten Amtsperiode konnten einige Vorhaben Trumps durch Proteste und Gerichtsurteile gestoppt werden. Daniel denkt, dass es dieses Mal viel schwerer sein wird. Trump kann auch nicht überzeugt werden, dass er Unrecht hat oder dadurch, dass viele Menschen gegen ihn protestieren. Es kommt darauf an, die Säulen der Macht anzugehen und sich zu erinnern, dass Herrscher von ihrem Volk abhängig sind. „Herrscher können nicht allein Steuern eintreiben, repressive Gesetze und Vorschriften durchsetzen, Züge pünktlich fahren lassen, Staatshaushalte aufstellen, den Verkehr regeln, Häfen verwalten, Geld drucken, Straßen reparieren, Märkte mit Lebensmitteln versorgen, Stahl herstellen, Raketen bauen, Polizei und Armee ausbilden, Briefmarken herausgeben oder auch nur eine Kuh melken. Diese Dienstleistungen werden dem Herrscher von Menschen in einer Vielzahl von Organisationen und Institutionen zur Verfügung gestellt. Würden die Menschen aufhören, diese Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, könnte der Herrscher nicht herrschen.“

9. Bewältige die Angst und lasse Gewalt abprallen

Es gibt verschiedene Strategien gegen Repression, die von Bewegungen wie Otpor in Serbien oder der Bürgerrechtsbewegung in den USA erfolgreich angewendet wurden, dazu gehört z.B., Verhaftete zur Polizei zu begleiten und dort ihre Freilassung oder zumindest korrekte Behandlung zu fordern.

10. Last not least: Stelle Dir eine positive Zukunft vor

Es ist wichtig, Visionen davon zu haben, wie es sein sollte, wie es besser sein kann, und wie das erreicht werden kann. Daniel nennt in Bezug auf Trump zwei Wege: Demokratische Wahlen oder ein gewaltfreier Aufstand.

Der Beitrag von Daniel Hunter kann hier nachgelesen werden:

<https://wagingnonviolence.org/2024/11/10-things-to-do-if-trump-wins/>

Daniel Hunter coacht und trainiert Bewegungen auf der ganzen Welt. Als Gründer von Choose Democracy hat er dazu beigetragen, Trumps Putschversuche zu stoppen. Er hat ausgiebig mit ethnischen Minderheiten in Burma, Pastoren in Sierra Leone und Unabhängigkeitsaktivisten in Nordostindien trainiert. Er hat mehrere Bücher geschrieben, darunter „What Will You Do If Trump Wins“, „Climate Resistance Handbook“ und „Building a Movement to End the New Jim Crow“.





Erfassung, Reaktivierung der Wehrpflicht oder gar eine allgemeine Dienstpflicht?

Junge Menschen sollen gegen ihren mehrheitlichen Willen „kriegstüchtig“ gemacht werden

An dem Tag im November, der abends das Aus der Ampelregierung sah, passierte es noch das Kabinett: Das „Gesetz zum Neuen Wehrdienst“. Ob es jetzt noch weiter verfolgt werden wird, ist bei Redaktionsschluss dieses Rundbriefs unklar, doch vieles spricht dagegen, denn FDP¹ wie CDU² lehnen es ab. Das Vorhaben sollte die Wehrrfassung wieder installieren, die es seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 nicht mehr gibt. Mittels eines für junge Männer verpflichtenden Fragebogens sollte die Bereitschaft und Fähigkeit zum Wehrdienst abgefragt und geeignete Kandidat*innen dann zu einer Musterung für einen zwischen sechs und 23 Monate betragenden Wehrdienst eingeladen werden. Ziel des Gesetzes: Eine „wesentliche Voraussetzung dafür [zu schaffen], bei einer Reaktivierung der Wehrpflicht im Spannungs- und Verteidigungsfall unmittelbar auf einen belastbaren Datenbestand und bestehende administrative Strukturen zurückgreifen zu können.“³ Bis 2031 sollte die Zahl der Soldat*innen von derzeit 180.000 auf 203.000 erhöht und eine Reserve mit derzeit rund 60.000 auf bis zu 260.000 Frauen und Männern gebildet werden.⁴

Die CDU möchte lt. Presseberichten eine „echte Wehrpflicht“. Sie und auch Teile der SPD befürworten seit Jahren gar die mittelfristige Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht mit dem beschönigenden Namen „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ für alle Geschlechter. Zur Bundeswehr eingezogen sollten dann nur diejenigen werden, „die die Bundeswehr wirklich braucht“. Alle anderen

1 <https://www.fdp.de/absage-allgemeine-wehrpflicht>

2 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-11/ampelkoalition-wehrdienst-boris-pistorius-union>

3 ebda.

4 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wehrpflicht-pistorius-kabinett-beschluss-wehrdienst-100.html>

Foto links:

Die Jugend will früh gewonnen werden, wie hier beim Tag der Bundeswehr 2013. Die Gesichter der Kinder haben wir, nicht die Bundeswehr, verpixelt.
© Bundeswehr, Wir.Dienen.Deutschland., CC BY-ND 2.0

Foto rechts:

Protest gegen den Tag der Bundeswehr 2015.
© Netzwerk Friedenskooperative, CC BY-NC 2.0



© C. Werner

Autorin:

CHRISTINE SCHWEITZER

ist Geschäftsführerin beim BSV und u.a. auch Redakteurin der Zeitschrift Friedensforum.

Foto links:
Postkarte
© <https://www.bundeswehrabschaffen.de/pazifistische-aktionen/adbusting>



Foto rechts:
Protest gegen den Tag
der Bundeswehr 2015.
Er wird auch veranstaltet,
um Menschen für die
Bundeswehr zu gewinnen.
© Martin Behrsing,
Netzwerk
Friedenskooperative,
CC BY-NC 2.0

sollten dann andere Dienste leisten.⁵ Beides würde eine Verfassungsänderung erfordern, für die eine Regierung eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat braucht.

Bedenken

Beim renommierten Ifo Institut ist zu lesen, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht „gesamtwirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen“ könnte. Eine Wehrpflicht im Rahmen eines sozialen Pflichtjahres würde jährlich wirtschaftliche Kosten verursachen, die den gesamten Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt und dem Sondervermögen Bundeswehr im Jahr 2024 zusammen entsprechen.⁶

Gegen Wehrpflicht wie Dienstpflicht gibt es auch verfassungsrechtliche Bedenken. Einer Praxis, die nur einen Teil der Wehrpflichtigen einberuft, steht das Prinzip der sog. „Wehrgerechtigkeit“ entgegen. Außerdem widerspricht es nach Art. 3 GG der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, wenn nur Männer zum Kriegsdienst einberufen werden.⁷ Eine Allgemeine Dienstpflicht mit Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen „Diensten“ könnte gegen das Verbot eines Arbeitsdienstes (s. Art. 12a GG und die Europäische Menschenrechtskonvention Art 4.) verstoßen.⁸

Zustimmung bei Wähler*innen aller Parteien, nur nicht bei den Betroffenen

In einer Umfrage vom März 2024 waren 52% der Bundesbürger*innen für eine Wehrpflicht. Aber nicht diejenigen, die direkt betroffen sind: Bei den 18- bis 29-Jährigen sind 59 Prozent gegen einen militärischen Pflichtdienst, bei den jüngeren Frauen sogar 68 Prozent.⁹ Dazu passt auch, dass die Zahlen derjenigen, die vorsorglich eine Kriegsdienstverweigerung erklärt haben, seit 2022 stark gestiegen sind. Nach Zahlen der Bundeswehr sind bis zum 31.8.2024 bislang 2.053 Anträge eingegangen, davon 1.268 von Ungedienten und 693 von Reservisten. 2023 waren es insgesamt 1.609 Anträge, 2022 1.100.¹⁰

Es ist an der Zeit, schon jetzt Kritik anzumelden und gegen das Kriegstüchtig-Machen der Jugend zu argumentieren und zu protestieren.

5 <https://www.cdu-parteitag.de/artikel/wehrpflicht-kommt-zurueck>

6 <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-07-10/wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht>

7 <https://verfassungsblog.de/wehrpflicht-demnachst-auch-fur-frauen/>

8 <https://www.juwiss.de/73-2018/>

9 <https://www.stern.de/politik/wehrpflicht-umfrage--vor-allem-eine-altersgruppe-ist-dagegen-34533922.html>

10 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/personal/-aktuelles/faktencheck/kdv-antraege-5647366>



Foto links:
Das Beratungstreffen
Anfang November in
Münster.

Foto rechts:
Strategiekonferenz der
Kofrie 2022 in Stuttgart.

© C. Schweitzer

Beratungstreffen der Kooperation für den Frieden in Münster

Schritte zur Revitalisierung der Friedensbewegung

Anfang November lud die bundesweite Kooperation für den Frieden (KoFrie) ihre Mitglieder zu einem eineinhalb-tägigen Präsenztreffen ein, nach Münster in das Jugendgästehaus Aasee. Der Arbeitstitel: „Die Revitalisierung der Friedensbewegung. Wie werden wir stärker und erfolgreicher?“ Es ging darum, sich gemeinsam mit dem Zustand der Friedensbewegung (FB) in Zeiten extremer Gefahren sowie insbesondere der Zukunft der KoFrie mit weiteren Handlungsmöglichkeiten, Schwierigkeiten und Chancen der KoFrie zu befassen.

Im Nu gab es über 30 Anmeldungen zur Teilnahme. Im Vorfeld wurden die KoFrie-Mitglieder gefragt, wie ihre Arbeitseinsätze aktuell aussehen, wo sie sich aktiv einbringen, wo 2024 die größte strukturelle Herausforderung lag, wie das aktuelle politische Geschehen analysiert wird sowie welche grundlegenden Werten die Mitglieder leiten. Die Antworten wurden in einem Reader zusammengestellt. Zu Beginn des Treffens gab es die Möglichkeit, die ersten Antworten kurz zu präsentieren. Ulrich Wohland von der „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion“ moderierte die Tagung. Vertreten waren beispielsweise das „Forum Informatiker:innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung“, Pax Christi, AGDF, IPPNW, BSV sowie lokale Gruppen wie z.B. die „Friedensglocke Berlin“ oder der „Heidelberger Friedensratschlag“. Resümierend sprach einer der Sprecher der KoFrie von substanziellen Beiträgen mit unterschiedlichen Positionierungen, die teilweise auch spiegelbildlich die Konflikte in der Gesellschaft wiedergaben. Anlass, um auch weiterhin über Kontroversen zu sprechen, bzw. die unterschiedlichen Konflikte zu bearbeiten.

Einleitend schlugen die Vorbereiter*innen zu Beginn vor, die Kooperation als Debattenraum zu nutzen mit dem Ziel, Kontroversen auszutragen und Kompromisse zu suchen. Es solle mit mehr Transparenz geplant und die KoFrie als Vernetzungsplattform genutzt werden mit folgenden Grundsätzen: Überparteilichkeit, Orientierung an den Menschenrechten und dem Völkerrecht. Das Verständnis von Gewaltfreiheit und Pazifismus müsse immer wieder neu



© Privat

Autorin:

RENATE WANIE

ist BSV-Vorstandsmitglied und freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion.



Foto links:
Die Autorin auf einer Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden 2015.

© Friedenskooperative,
Hedi Sauer-Guerth_393,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Teilnehmer*innen einer Strategiekonferenz der Kofrie 2022 vor dem EUROM in Stuttgart.

erarbeitet werden. Angesichts der aktuellen politischen Situation seien Widerstand und Alternativen extrem notwendig! Wir sollten nicht bei der Analyse stehen bleiben, sondern mehr zur Aktion kommen.

Beiträge aus der Diskussionsrunde

In der großen Diskussionsrunde wurde u.a. dazu aufgerufen, dass sich KoFrie-Mitglieder gegenseitig mehr informieren und mehr in die Gesellschaft hineinwirken sollten (z.B. in Gewerkschaften). Dabei solle nicht einzig der Krieg in der Ukraine in den Mittelpunkt gestellt werden, sondern auch positive Entwicklungen und Visionen in den Vordergrund gerückt und Bündnisse geschmiedet werden. Ein Appell richtete sich an die Diskussionskultur in möglichst transparenten Debattenräumen: Wir würden nicht weiterkommen, wenn wir bei den Unterschieden und Differenzen in der FB stehen blieben. Zudem sollten in einem „Spannungsbogen“ für die Jahre 2024/26 unbedingt konkrete Aktionen geplant werden. Von den Teilnehmenden wurde auch die Möglichkeit sogenannter Themenkörbe angesprochen, wie z.B. Mittelstreckenraketen, Drohnen, Deserteure/Wehrdienstverweigerung. Diese und andere Themen können z.B. für die Bundestagswahl oder Ostermärsche in die Aktionsplanungen aufgenommen werden. Zu der Frage des Umgangs mit tendenziell rechten Gruppierungen bei Demonstrationen wies ein Teilnehmer darauf hin, dass wir nicht weiterkommen, wenn wir uns in der Friedensbewegung vor Auseinandersetzung mit ihnen drücken. Eindeutig wurde sich auch dagegen ausgesprochen, auf einem Podium mit einem AfD-Vertreter zu diskutieren. Ermutigend war der Hinweis auf den „Stuttgarter Konsens“, auf den sich friedenspolitische Gruppen in Stuttgart nach hitzigen, jedoch solidarischen und kompromissbereiten Diskussionen für die zukünftige Zusammenarbeit geeinigt haben.

Am Ende der Tagung wies der Moderator auf eine Reihe von Konflikten in der KoFrie hin, die sichtbar wurden und weiter bearbeitet werden müssten. Mit ein Grund, um Ende November auf der Online-Mitgliederversammlung eine Nachbereitung auf die Tagesordnung zu setzen sowie einen Grundkonsens für die Zusammenarbeit zu entwickeln. Auch werden dort mögliche Aktivitäten für 2025/26 geplant.



Website der Kooperation: <https://www.koop-frieden.de>

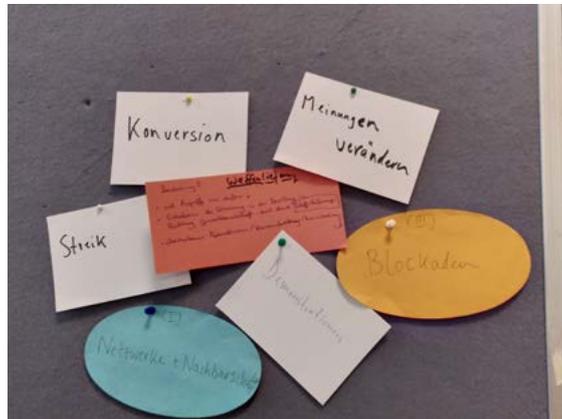
Wehrhaft ohne Waffen

Vernetzen in unsicheren Zeiten

Seit der zweiten Hälfte 2022 arbeitet die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ in Deutschland. Ziel ist es, Soziale Verteidigung als ein Handlungskonzept für den lokalen Kontext zu diskutieren, zu konkretisieren und einzuüben. Der lokale Kontext drückt sich in den Modellregionen und Regionalgruppen aus.

Die Modellregionen sind

- **Berlin-Moabit**, in der die Arbeit von der REFO organisiert wird, einer unabhängigen evangelischen Gemeinschaft mit einem Haus, bestehend aus einer Kirche, einem Veranstaltungsraum, einer KiTa und Wohnungen. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Bildung von Resilienz im Kiez, etwa durch eine unabhängige, ökologische Energieversorgung etc. Daneben veranstaltet sie Vortrags- und Kulturabende, Workshops, Spieleabende und manches mehr.
- **Wendland**, das durch den Widerstand gegen Atomkraftwerke und Atomtransporte (Stichwort: Gorleben) politisch aktivistisch wurde. Der Schwerpunkt liegt aktuell in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, daneben gibt es AGs zur Pressefreiheit und Ernährungssicherheit. Grundlegend ist es, Handlungskonzepte für spezifische Probleme (z.B. Schutz der Demokratie und Medien etc.) zu erarbeiten. Die Vernetzung verschiedener Gruppen in der überschaubaren kleinstädtischen Struktur gelingt gut, zumal der Koordinator wohlbekannt und gut vernetzt ist. Es gibt erste Kontakte zur Landrätin, eine unabhängige Politikerin, die offen für die Thematik ist.
- **Oberrhein**, d.h. Offenburg und Umgebung, ausstrahlend in den Elsass, nach Baden-Baden und nach Freiburg¹. Der Verein Friedenswege e.V. ist ein Zusammenschluss von Friedensorten in der Ortenau und im Elsass mit einem klaren Bezugspunkt zu dem elsässischen Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer. Der Schwerpunkt liegt darin, die Idee der Sozialen Verteidigung anderen sozialen Bewegungen (Klimaschutz-, Eine Welt-, Asyl-, Gewerkschaftsbewegung) oder kirchlichen Gemeinden vorzustellen und in deren Arbeit zu integrieren. So soll ein zivilgesellschaftliches Netzwerk entstehen, das die Frage problematisiert, inwieweit die militärisch durchtränkte Gesamtverteidigung dem Ziel, die Bevölkerung zu schützen, nachkommen kann. Diese Problematik mag auch für jene, die Militär nicht abschaffen wollen, nachvollziehbar sein. Diese Menschen vorsichtig an die Soziale Verteidigung heranzuführen, kann somit ein wichtiger Schritt sein, um ein Netzwerk entstehen zu lassen. Am Oberrhein konnten die Aktiven durch die gemeinsame Organisation eines ‚Fest des Schützenswerten‘ im Juni 2024 Personen aus anderen Bewegungen integrieren.



Autorin:

STEPHAN BRÜES

ist Co-Vorsitzender des BSV und Koordinator der Modellregion Oberrhein.

¹ Die Initiative Friedensstadt Freiburg strahlt in andere Städte zurück, etwa Stuttgart, Augsburg oder Ulm. Sie steht in engem Kontakt zur Modellregion Oberrhein.

Foto links:
Bei der Arbeit in Wustrow.
© C. Schweitzer

Foto Mitte:
© Stephan Brües

Foto rechts:
Auf dem Initiativkreis-
treffen in Wustrow am
20./21.9.2024.
© WoW



Soziale Verteidigung von unten aufbauen

Um aus der verengten Diskussion um Waffenlieferung an die Ukraine herauszukommen, konzentrieren sich die Einführungsworkshops auf diese Frage: Welche Werte sind besonders schützenswert, wer oder was bedroht diese Werte aktuell und welche Methoden der Sozialen Verteidigung sind für welche Art der Bedrohung geeignet und sollten problemspezifisch eingeübt werden? Je nach lokaler Problemstellung sollen dann Handlungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden.

Die Aktiven von Wehrhaft ohne Waffen sind sich einig, dass der Aufbau von Sozialer Verteidigung von unten nach oben, von der Zivilgesellschaft in die Politik geschehen sollte. Er erfordert eine Aktivierung der Bürger*innen. Das ist in diesen unsicheren Zeiten, in denen militärisches Denken bis in friedensbewegt sozialisierte Teile der Gesellschaft (Stichwort: rot-grünes Milieu) durchdringt, schwierig. Manche Türen zu vermeintlich ‚natürlichen‘ Verbündeten werden verschlossen.



**Wehrhaft
ohne Waffen**



Die Website der Kampagne:
www.wehrhaftohne Waffen.de

Ergebnisse:

Phase 2:

Aktionsideen gegen rechtsextremen Putsch/Wahlerfolge

Zielgruppen	Ansätze / Ziele
1) Organisierte Rechtsextreme	<ul style="list-style-type: none"> • Klare Kante • Öffentlichen Raum nicht überlassen
2) Potentielle Wähler*innen rechtsextremer Parteien	<ul style="list-style-type: none"> • Informieren • In Kontakt gehen
3) Gleichgesinnte	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsam in Aktion gehen
4) Betroffene	<ul style="list-style-type: none"> • Schützen

Dennoch lassen sich Fortschritte erkennen:

- Eine Veranstaltung in der VHS Ulm mit 50 Personen, die positiv auf Ausführungen über Soziale Verteidigung reagieren.
- Immer mehr Friedensorganisationen und -gruppen befassen sich mit Sozialer Verteidigung; als eine Alternatividee zur sog. ‚Zeitenwende‘ und ‚Kriegstauglichkeit‘.
- Ein Bundestagsabgeordnete der SPD, der in Essen Wege zu Zivilschutzverbänden ebnet und der dortigen Regionalgruppe neue Zugänge zu wichtigen Kooperationspartnern verschafft.

Uns sollte bewusst sein, dass wir die ersten sind, die diesen Pfad nehmen. Es gibt keine Blaupause. Wir zeigen kontextuelle Wege auf.



Bund für Soziale Verteidigung 2025

Was wir uns für das nächste Jahr vorgenommen haben

Wir haben uns für das Jahr 2025 sehr viel vorgenommen! Hier gebe ich einen kurzen Ausblick auf die Pläne für das nächste Jahr, soweit wir sie im Moment absehen können:

Die Jahrestagung und Mitgliederversammlung: 4.-6. April 2025

Die Jahrestagung findet an dem Wochenende vom 4. bis 6. April 2025 in Hannover statt; in dem Naturfreundehaus, das unsere regelmäßigen Tagungsteilnehmer*innen schon von früheren Tagungen her kennen. Das Thema der Tagung ist „Demonstrieren und dann? Gesellschaft gestalten Demokratie schützen - Gewaltfrei aktiv gegen Rechts“. Eröffnet wird die Veranstaltung am Freitag mit einem Einführungsvortrag zum Rechtsruck. Am Samstag soll dann am Vormittag mittels dreier Vorträge der Übergang von der Analyse zur Handlungsorientierung geschaffen werden. Danach folgen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Ansätzen.

Die Tagung soll am Sonntag unter dem Blickwinkel „Jetzt Agieren“ Handlungsmöglichkeiten und Anregungen aus den AGs zum Mitnehmen aufbereiten. (Siehe das Programm auf Seite 23 dieses Rundbriefs.)

Danach schließt sich wie immer unsere Mitgliederversammlung an. Save the date!

Das Fachgespräch: 18.10.2025 in Heidelberg

Das Fachgespräch 2025 ist in Planung. Thema wird die Militarisierung im Lande sein. Es wird im Kern um ein Argumentationstraining gegen militaristische Argumente im Bereich Frieden und Zivile Konfliktbearbeitung gehen.

Personelle Veränderungen

Bedauerlicherweise geht unsere BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer im Frühjahr 2025 in Rente. Wir haben die Stelle für ihre Nachfolge bereits ausgeschrieben; bei Drucklegung des Rundbriefs läuft das Bewerbungsverfahren

Foto links:
Das Fachgespräch 2025 findet einmal wieder in der Jugendherberge in Heidelberg statt. Zuletzt waren wir dort 2015 für eine Jahrestagung.

Foto rechts:
Der BSV in Halle.
Von links nach rechts:
Jentel Busch, Renate Wanie, Ulrich Stadtmann, Elise Kopper, Victoria Kropp, Stephan Brües und Sine Kranich.

© C. Schweitzer



Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
ist Co-Vorsitzende im BSV.

noch. Wir hoffen, im nächsten Rundbrief die oder den Nachfolger*in vorstellen zu können. Es wird schwierig werden, Christine zu ersetzen.

Im Bereich Bildungsarbeit arbeiten die drei Mitarbeiter*innen von LOVE-Storm (Björn Kunter, Lilly Dressel und Lili Ewert) sowie Julian Böttcher für „Solidarität entdecken und leben“. Das von Demokratie Leben geförderte Projekt von LOVE-Storm endet 2024. Das von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderte Projekt zum Thema Klimawandel, Konflikt und Eine Welt geht im August 2024 zu Ende. Wir hoffen in beiden Bereichen auf die Bewilligung von Nachfolgeprojekten.

Bereich Pazifismus, Militärkritik und Alternativen zu Rüstung und Militär

Die **„Wehrhaft ohne Waffen“** – (WOW) - Kampagne passt zu uns als Projekt und wollen wir erhalten. Derzeit wird ein Starter-Kit entwickelt, das noch in 2024 fertig werden soll. (Siehe auch den Artikel von Stephan Brües in diesem Rundbrief.)

Die Regionalgruppen sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Besonders aktiv sind die Gruppen im Wendland und am Oberrhein, in Essen gibt es diverse Leute, die Interesse an Sozialer Verteidigung haben, auch ein Bundestagsabgeordneter.

Ziel der Kampagne ist es, auch Menschen mitzunehmen, die das Militär nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Bei Sicherheit neu denken wird an einem Impulspapier gearbeitet, in dem es um eine „Neue Geo-Strategie für Europa“ geht. Unterpunkte sind:

- „Imperiales Handeln und westliche Dominanz überwinden“,
- „Unterschiedliche Sicherheitsinteressen aktiv aufnehmen“,
- „Die Lebenschancen auf unserem Planeten erhalten“,
- „Frieden nachhaltig zivil sichern“.

Die Kampagne will verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen, Klimabewegung einladen, in Hintergrundgesprächen mit hochrangigen Parteivertreter*innen darauf hinzuwirken, dass eine kommende Regierung nach den Bundestagswahlen Elemente von „Sicherheit neu denken“ aufgreifen.

Kampagnen und Bündnisse der Friedensbewegung

Der BSV ist Mitglied in der Kooperation für den Frieden, dem 2022 entstandenen Bündnis „Stoppt das Töten“, der „Object War Campaign“ (Schutz von Kriegsdienstverweigerern) und, eher formal, von „atomwaffenfrei.jetzt“, das jetzt eine neue Kampagne gegen die geplante US-Mittelstreckenwaffen-Stationierung angeht. Mit dem von (bald Ex-)Bundeskanzler Scholz verkündeten Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ bis 2029 sind die friedenspolitischen Herausforderungen groß. Erschwerend kommt hier die Spaltung(en) der Friedensbewegung hinzu – mit der Kaperung von friedenspolitischen Themen durch AfD und andere zumindest rechtsoffene Gruppierungen gilt es, ganz klar für Menschenrechte und Vielfalt einzutreten.

Es gibt viel zu tun im kommenden Jahr!



BSV-Jahrestagung (4.–6. April 2025, Hannover)

Demonstrieren und was dann? Gesellschaft gestalten – Demokratie schützen – Gewaltfrei aktiv gegen Rechts!

Freitag, 4. April 2025	
18.00 Uhr	Abendessen
19.00 Uhr	Begrüßung, Praktisches
19.10 Uhr	Einführungsvortrag: Grundlegende Analyse zum Rechtsruck (N.N.)
21.30 Uhr	Ende
Samstag, 5. April 2025	
07.30 Uhr	Frühstück
09.00 Uhr	Übergang von der Analyse zur Handlungsorientierung: Demonstrieren und was dann? <i>Tareq Alaows, Flüchtlingspolitischer Sprecher von Pro Asyl</i>
09.45 Uhr	Handlungsorientierungen am Beispiel der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung <i>Thomas Handrich, Politikwissenschaftler, Berlin</i>
10.30 Uhr	Pause
11.00 Uhr	Lernen aus den polnischen Erfahrungen: Warum konnte die rechtspopulistische PiS 2023 abgewählt werden? <i>Thomas Handrich, Politikwissenschaftler, Berlin</i>
11.45 Uhr	Fishbowl zum Austausch
12.30 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Input: Strategien autoritärer Machtergreifung anhand des Modell Säulen der Macht <i>Jan Stehn, Friedensreferent, Werder</i>
14.45 Uhr	Arbeitsgruppen AG 1) Parolen Paroli bieten - Gewaltfrei Eingreifen in Diskriminierungssituationen <i>Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion</i> AG 2) Bürgerschaftliches Empowerment mittels Kulturangeboten <i>Birgit Lohmeyer, Demokratieaktivistin und Schriftstellerin, Jamel</i> AG 3) Was tun gegen Rechtsextremismus in Chatgruppen und sozialen Medien <i>Julian Böttcher, Luisa Lening, Björn Kunter, BSV</i> AG 4) Soziale Verteidigung gegen Rechtsextremismus <i>Jochen Neumann, KURVE Wustrow, Koordinator der Modellregion für Soziale Verteidigung im Wendland</i>
17.15 Uhr	Pause
17.30 Uhr	Zusammentragen der Ergebnisse aus den AGs <i>Moderation: N.N.</i>
18.30 Uhr	Abendessen
19.30 Uhr	Dokumentationen von coolen Aktionen gegen Rechtsextremismus
Offenes Ende	
Sonntag, 6. April 2025	
ab 07.30 Uhr	Frühstück
09.00 Uhr	Jetzt aktiv werden: Aktionsfoto / Aktion / Handlungsmöglichkeiten / Anregungen aus den AGs zum Mitnehmen <i>Moderation: N.N.</i>
10.15 Uhr	Ende der Tagung
10.30 Uhr	Öffentliche Mitgliederversammlung des BSV
12.00 Uhr	Mittagessen und Abreise

Tagungsort: Naturfreundehaus Hannover | Hermann-Bahlsen-Allee 8, 30655 Hannover



Online-Anmeldung

Teilnahmekosten und Anmeldung:

Alle Informationen zur Anmeldung gibt es auf unserer Website.

Anmeldung per Email an info@soziale-verteidigung.de unter Angabe von

1. Anreise und Abfahrt,
2. Zimmerkategorie (oder Tagesgast),
3. Teilnahme an der Mitgliederversammlung am Sonntag

Mit freundlicher Unterstützung von:





There is a crack, a crack in everything
That's how the light gets in

(Es gibt einen Riss, einen Riss in allem
So kommt das Licht herein)

Leonard Cohen, Anthem

https://www.youtube.com/watch?v=c8-BT6y_wYg



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de